

Digitalisierung der Arbeitswelt

Kurt van Haaren

Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft,
Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Zukunft der
Medien in Wirtschaft und Gesellschaft - Deutschlands Weg in die Informati-
onsgesellschaft"

Michael Schwemmler

Geschäftsführer der Input Consulting GmbH

erschienen in:

Andreas Dengel / Welf Schröter (Hrsg.):
Flexibilisierung der Arbeitskultur – Infrastrukturen der
Arbeit im 21. Jahrhundert, S. 98 – 109, Talheimer
Verlag, 1997

Niemand zweifelt heute noch daran, daß sich “in den Industriestaaten gegenwärtig ein grundlegender Wandel vollzieht, der in seinen Wirkungen vergleichbar mit dem Übergang von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft im letzten Jahrhundert ist.”¹ Allerdings ist diese weithin akzeptierte Analyse, die ja nicht weniger als den totalen Umbruch unseres gesamten gesellschaftlichen und ökonomischen Gefüges behauptet, bisher dort in bloßer Rhetorik steckengeblieben, wo es um die Konsequenzen der “digitalen Revolution” für die Arbeitswelt geht. In zahllosen Studien, Programmen und Verlautbarungen zur Informationsgesellschaft wird das Thema “Arbeit” allenfalls am Rande erwähnt und mit wenigen Sätzen - in der Regel zu den Entwicklungsperspektiven und -hemmnissen der Telearbeit - abgetan. Ein umfassendes politisches Projekt zur “Zukunft der Arbeit in der Informationsgesellschaft” ist nirgendwo zu erkennen, obwohl längst klar sein müßte, daß die Arbeitswelt vor tiefgreifenden Umbrüchen steht, zu deren Bewältigung die vorhandenen Regulierungsmechanismen und -institutionen nicht ausreichen werden.

Vor allem vier große, miteinander verwobene und sich wechselseitig beeinflussende Trends sind es, die die etablierten Strukturen der “industriegesellschaftlich” geprägten Arbeitswelt ins Wanken bringen:

- die forcierte **Rationalisierung** von Arbeit, die Szenarien einer “Informationsgesellschaft ohne Arbeit” vorstellbar werden läßt;
- die beschleunigte **Globalisierung** von Arbeit, die bis dato ohne weltweit wirksame Regulierung geblieben ist;
- die räumliche und soziale **Zersplitterung** von Arbeit, die die Bedeutung des Betriebs als Gravitationszentrum der Arbeitswelt zunehmend reduziert;
- die erleichterte **Flexibilisierung** von Arbeit, die das herkömmliche Normalarbeitsverhältnis in eine Vielzahl neuer, zum Teil prekärer Arbeitsformen zerlegt.

Natürlich wurzeln diese Trends nicht alleine in den technischen Veränderungen - Digitalisierung, Datenkompression, Vernetzung, Multimedia -, die gemeinhin zur Charakterisierung des informationsgesellschaftlichen Wandels herangezogen werden. Das neu erschlossene technische Potential ermöglicht, verstärkt und beschleunigt vielmehr bereits im Gang befindliche sozioökonomische Entwicklungen und macht diese so zum Teil erst real wirksam. Die neuen IuK-Techniken sind in diesem Sinne klassische “enabling technologies” - gestaltungsoffen und gestaltungsbedürftig.

¹ Arbeitsprogramm der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages “Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft - Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft”, Bonn 1996, S. 2.

Rationalisierung - Informationsgesellschaft ohne Arbeit?

Die Frage, wie die Beschäftigungsbilanz von Multimedia und Datenautobahnen ausfallen wird, ist die am schwierigsten zu beantwortende und - angesichts weltweit grassierender Massenarbeitslosigkeit - zugleich brisanteste, die sich in Perspektive auf die Informationsgesellschaft stellt. In der ersten Multimedia-Euphorie gehandelten obskure Prognosen von Millionen neuer Arbeitsplätzen sind längst vom Tisch. Heute lassen sich drei unterschiedliche Positionen in der Diskussion ausmachen: Ratlosigkeit zum einen, ein äußerst verhaltener, auf ein Ergebnis von "Plus-Minus-Null" hoffender Optimismus zum zweiten und bedrückende Szenarien von einem "Ende der Arbeit" zum dritten.

Ratlosigkeit kennzeichnet z.B. ein Gutachten, das das ifo Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft erstellt hat. Die Schlußfolgerung des 155-Seiten-Werks lautet, daß sich "weder die Enthusiasten noch die Skeptiker bislang auf zuverlässige Quantifizierungen der zukünftigen Auswirkungen der Informationsgesellschaft auf die Beschäftigung stützen können." Verdienstvollerweise machen die ifo-Forscher auf erhebliche methodische Probleme bei der Bezifferung von Beschäftigungsfolgen der Informationsgesellschaft aufmerksam, die "sich nur durch kontinuierliche Forschung und durch die Zusammenfassung unterschiedlicher Forschungsansätze angemessen untersuchen" ließen.²

Begrenzt optimistisch - wenngleich eher im Sinne einer langfristig möglichen Stabilisierung von Beschäftigung denn in der Hoffnung auf relevante Arbeitsplatzzuwächse - äußert sich eine zweite Gruppe von Prognostikern. Kurz- und mittelfristig dominieren allerdings auch nach deren Analysen die Rationalisierungseffekte. So kommt z.B. Arthur D. Little in einer für das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie gefertigten Studie, die positive und negative Beschäftigungseffekte für Deutschland zu saldieren versucht, zu dem Ergebnis, "daß TIME-Technologien (Telekommunikation, Information, Medien, Elektronik; d.Verf.) erst nach dem Jahr 2000 den Arbeitsplatzabbau auffangen können. ... In Anwenderbranchen ist bis zum Jahr 2000 per Saldo mit einem Beschäftigungsrückgang um ca. 760.000 Arbeitsplätze durch Rationalisierung und Verlagerung zu rechnen. Im Saldo werden TIME-Anwendungen in diesem Zeitraum zum Arbeitsplatzabbau mit ca. 14.000 Arbeitsplätzen beitragen; die Rationalisierungswirkungen durch TIME-Anwendungen übersteigen TIME-bedingte neue Arbeitsplätze in den

² ifo Institut für Wirtschaftsforschung: Qualitative und quantitative Auswirkungen der Informationsgesellschaft auf die Beschäftigung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, München 1996, S. 132

Anwenderindustrien.”³

Vor dem Hintergrund ständiger Arbeitsplatzverluste selbst in den TIME-Branchen wird das Feld mehr und mehr von den ausgeprägten Skeptikern beherrscht. Jeremy Rifkin sieht im Blick auf die Ausbreitung der neuen IuK-Techniken “das Ende der Arbeit” bevorstehen: “Das Informationszeitalter hat begonnen, und dank immer leistungsfähigerer Computerprogramme werden wir schon bald in einer Welt ohne Arbeit leben. Ob im Agrarsektor, in der Industrie oder im Dienstleistungsbereich - überall in der Wirtschaft wird automatisiert, überall wird menschliche Arbeitskraft durch maschinelle ersetzt. ... Das Verschwinden fester Arbeitsverhältnisse wird zum drängendsten sozialen Problem des nächsten Jahrhunderts werden.”⁴ Auch Ulrich Beck hat dieser These Nachdruck verliehen: “Der Kapitalismus schafft die Arbeit ab. Arbeitslosigkeit ist kein Randschicksal mehr, sie betrifft potentiell alle - und die Demokratie als Lebensform.”⁵ Und Hans-Peter Martin und Harald Schumann gehen davon aus, daß “20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ... im kommenden Jahrhundert ausreichen (würden), um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten.”⁶

Selbst wenn die letztgenannten Prognosen überzeichnet sein sollten, so kristallisiert sich angesichts der radikalen “downsizing”-Strategien in nahezu sämtlichen Sektoren und Branchen der Volkswirtschaft immer mehr die ernüchternde Erkenntnis heraus, daß IuK-Techniken in absehbarer Zukunft deutlich mehr Arbeitsplätze kosten als generieren werden. Sämtliche Hoffnungen auf den “Jobknüller Multimedia” sind verflogen. Die Massenarbeitslosigkeit wird sich allein durch einen forcierten technischen Wandel weder beseitigen noch entschärfen lassen, sie wird vielmehr zunehmen und - unterbleiben wirksame Gegenmaßnahmen - den Anteil der “Entbehrlichen der Arbeitsgesellschaft”⁷ in Größenordnungen steigen lassen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie existentiell gefährden. Deshalb sind koordinierte beschäftigungspolitische Initiativen im nationalen und im europäischen Rahmen notwendiger denn je:

- zur Umverteilung von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung in allen Formen,

³ Arthur D. Little: Innovationen und Arbeit für das Informationszeitalter. Zusammenfassung der Ergebnisse, Berlin 1996, http://www.kp.dlr.de/BMBF/informationstechnik/adl/adl_kap4.htm; vergleichbar zurückhaltend auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung: Multimedia: Beschäftigungszunahme im Medien- und Kommunikationssektor vielfach überschätzt (DIW-Wochenbericht 10/96, S. 165 ff.) und Roland Berger & Partner: 5 x 3 Thesen zur Zukunft mit Multimedia, Papier vorgelegt zur Jahrespressekonferenz am 24.01.1996

⁴ Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/New York 1995, S. 11

⁵ Ulrich Beck: Kapitalismus ohne Arbeit; in: DER SPIEGEL Nr. 20/1996 vom 13.05.1996, S. 140

⁶ Hans-Peter Martin / Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Reinbek 1996, S. 12

⁷ Martin Kronauer: Die Entbehrlichen der Arbeitsgesellschaft. Zur sozialwissenschaftlichen Diskussion um eine neue “underclass”; in: Frankfurter Rundschau vom 28.11.1995

- zur Umsetzung von arbeitsplatzfördernden Innovations- und Investitionsprojekten, wie sie z.B. das Delors-Weißbuch der Europäischen Kommission vorsieht,
- zur Einführung beschäftigungsfreundlicher und gesellschaftlich sinnvoller IuK-Anwendungen im Bildungswesen, in der öffentlichen Verwaltung, in der Betreuung von behinderten Menschen, in der Gesundheitsvorsorge,
- zur berufsvorbereitenden und berufsbegleitenden Qualifizierung für neue berufliche Anforderungen und auch
- zur Verbesserung der Datenbasis und der Prognosekapazitäten auf dem Feld der Quantifizierung von Beschäftigungseffekten neuer IuK-Techniken, um auf der Basis verlässlicherer Vorhersagen arbeitsplatzfördernde Optionen besser erkennen und beschäftigungspolitische Interventionen präziser platzieren zu können.

Sollte ein angesichts des wachsenden Problemdrucks unumgängliches "Bündnis für Arbeit in der Informationsgesellschaft" erneut an einer Koalition aus Kabinett und Kapital scheitern, so dürften sämtliche Anstrengungen zur Akzeptanzbeschaffung - wie sie z.B. mit dem von der Bundesregierung initiierten "Forum Info 2000" geplant sind - vergebliche Liebesmühe bleiben. Niemand wird von ArbeitnehmerInnen Begeisterung für die Informationsgesellschaft erwarten können, wenn sich die Befürchtung erhärten sollte, daß "der vorausgesagte Multimedia-Boom ... in erster Linie wieder nur ein Jobkiller-Programm sein wird."⁸

Globalisierung - weltweite Arbeitsmärkte ohne Regulierung?

Ein zweiter, für die Veränderung der Arbeitswelt im Übergang zur Informationsgesellschaft charakteristischer Trend ist die forcierte Globalisierung der Arbeitsmärkte. Meist am Beispiel der Verlagerung von Softwareproduktion und Datenerfassung ins indische Bangalore beschrieben, steht dieser Trend für das qualitativ neue Phänomen der weltweiten raschen und wenig aufwendigen Dislozierbarkeit von Arbeit auf der Infobahn. Er führt zu einer epochalen "Wandlung auf den Arbeitsmärkten, die in einem echten Sinne zu weltweiten Arbeitsmärkten werden, zum ersten Mal in der Geschichte."⁹ Eine lange stabile "Annahme der Ökonomen ist für elektronisch übertragbare Arbeiten in der vernetzten Wirtschaft also nicht mehr haltbar: Auf einmal ist Arbeit international

⁸ Martin / Schumann, a.a.O., S. 191

⁹ Paul Kennedy: Wenn neue Produkte über Nacht um die Welt geschickt werden; in: Frankfurter Rundschau (Dokumentation) vom 01.06.1996

mobil"¹⁰, ohne daß diese Mobilität mit riesigen Wanderungsbewegungen in die traditionellen industriellen Zentren verbunden wäre.

Daraus resultieren drei eng miteinander verwobene Problemkomplexe, die es zu analysieren und zu therapieren gilt, ohne dabei in die neoliberale "Globalisierungsfalle" zu tappen, aus der dann angeblich nur noch ein gnadenloser Standortwettbewerb herausführen könne:

- Zum einen führt die räumliche Ausdehnung von Arbeitsmärkten zu einer Erhöhung des beschäftigungspolitischen Problemdrucks, weil sich das Arbeitskräfteangebot dramatisch erhöht: "Diese Bewegung ... hat einen Prozeß eingeleitet, der in der nächsten Generation 1,2 Milliarden Arbeiter der Dritten Welt in den weltweiten Produkt- und Arbeitsmarkt einführt."¹¹
- Zweitens lösen sich im Zuge dieser Entwicklung Qualifikationsvorsprünge und technologische Barrieren, die den Beschäftigten der Ersten Welt über eine lange Zeit Konkurrenzvorteile gesichert haben, tendenziell auf.
- Zum dritten droht sich - angesichts der faktischen Nicht-Regulierung globaler Arbeitsmärkte und der Unterregulierung vieler nationaler Arbeitsmärkte der Dritten Welt - die Problematik des Lohn- und Sozialdumpings an der Infobahn zu potenzieren.

Um den noch immer defizitären Kenntnisstand über die informationstechnisch vorangetriebene Globalisierung der Arbeit zu verbessern, hat eine von der EU-Kommission eingesetzte Hochrangige Expertengruppe vorgeschlagen, "daß die EU in Zusammenarbeit mit der ILO die Initiative für eine breit angelegte, weltweite Studie zu den Auswirkungen der Informationsgesellschaft auf Handel, Investitionen und Verlagerungen ergreift."¹² Schon heute liegt der Handlungsbedarf bereits klar zutage und läßt sich in einem Satz zusammenfassen: Globale Arbeitsmärkte erfordern globale Regulierungsmechanismen, durchsetzungsfähige supranationale Institutionen und internationale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitiken.

Der Einstieg zu einer "Humanisierung der Globalisierung", wie sie die ILO auf der 83. Internationalen Arbeitskonferenz gefordert hat, kann insbesondere durch wirksame - d.h. sanktionsbewehrte - internationale Mindeststandards im Rahmen der WTO gelingen. Der Vorstoß der EU-Kommission, weltweite soziale Mindestnormen wie die Koalitionsfreiheit, das Recht auf Kollektivverhandlungen, das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit zum Verhandlungs-

¹⁰ Uwe Jean Heuser: Tausend Welten. Die Auflösung der Gesellschaft im digitalen Zeitalter, Berlin 1996, S. 38

¹¹ Wall Street Journal vom 29.03.1996, zitiert nach Kennedy, a.a.O.

¹² Eine europäische Informationsgesellschaft für alle. Erste Überlegungen der Gruppe hochrangiger Experten (Europäische Kommission, Generaldirektion V), Brüssel 1996, S. 14

gegenstand der WTO-Ministerkonferenz im Dezember 1996 in Singapur zu machen, zielt in die richtige Richtung, kann aber wohl nur ein erster Schritt sein. Gleiches gilt für die Bemühungen der ILO, z.B. für das im Juni 1996 angenommene Abkommen zum weltweiten Schutz von (Tele-) HeimarbeiterInnen. Gewerkschaften können sich jedoch gerade beim Thema Globalisierung nicht auf Appelle an Dritte beschränken: Daß die Moderierung und Begrenzung der Konkurrenz auf globalen Arbeitsmärkten ebenso wie die Interessenvertretung im Rahmen globaler Produktions- und Dienstleistungsprozesse eine völlig neue Qualität internationaler Gewerkschaftsarbeit und namentlich eine Stärkung der Gewerkschaftsbewegung in den Ländern der Dritten Welt verlangt, muß sich in diesem Zusammenhang von selbst verstehen.

Zersplitterung - Auszug der Arbeit aus den Betrieben?

Die neuen IuK-Techniken bringen es mit sich, daß Menschen auf elektronischen Netzen arbeitsteilig kooperieren, ohne zugleich gemeinsam am gleichen Ort versammelt zu sein. Sie ermöglichen und beschleunigen damit die Zersplitterung der Arbeitswelt, die sich räumlich dezentriert und sozial fragmentiert. "Die tausend Arbeitswelten der Informationsgesellschaft"¹³ sind Ergebnis

- der Forcierung von Outsourcing-Prozessen,
- der Herausbildung "virtueller Unternehmen", d.h. meist nur temporär und projektbezogen über Datennetze verbundener Kooperationen unabhängiger Partner,
- der Verbreitung mobiler Arbeit, die nicht mehr an einen festen Arbeitsplatz im Betrieb geknüpft ist, sondern unmittelbar beim Kunden bzw. in telekommunikativer Anbindung an die Firma erledigt wird und
- der uns fast schon vertrauten, gegen alle Prognosen jahrelang stagnierenden, nun wohl vor dem endgültigen Durchbruch stehenden Tele(heim)arbeit in ihren diversen Varianten.

Wenn es zutrifft, daß diese Entwicklung "das Großunternehmen im idealtypischen Grenzfall in so viele Einzelunternehmen auf(löst), wie es Arbeitende beschäftigt" und "den gesamtbetrieblichen Zusammenhang als wesentlich komplexeren Verbund von individuellen Initiativ- und Profitcentern her(stellt)"¹⁴, dann wird der Betrieb als klassisches Gravitationszentrum der Arbeitswelt erheblich an Bedeutung und prägender Kraft einbüßen. Wenn sich betriebliche

¹³ Heuser, a.a.O., S. 49

¹⁴ Andreas Zielcke: Der neue Doppelgänger. Die Wandlung des Arbeitnehmers zum Unternehmer - Eine zeitgemäße Physiognomie; in: FAZ 20.07.1996

Kommunikationsprozesse zunehmend auf Datennetze verlagern, technisch vermittelt und zu großen Teilen asynchron stattfinden, dann bröckelt auch die traditionelle Plattform für rechtliche Regulierung, soziale Erfahrung, kollektive Identitätsbildung, Kooperation, Konfliktaustragung und -moderation in der Arbeitswelt.

Der Trend zur Dekonzentration von Arbeit unterminiert damit all diejenigen Regulierungsmechanismen, die sich am Begriff und an der sozialen Realität des Betriebes festmachen. Dies gilt vor allem für das gesamte System der betrieblichen Mitbestimmung, auch für den klassischen Arbeitsschutz. "Wie will ein Betriebsrat im virtuellen Betrieb der Zukunft die 'Betriebszugehörigkeit' im Sinne des BetrVG bestimmen?"¹⁵ Wie lässt sich die Einhaltung ergonomischer Standards im "home-office" kontrollieren? Wie kann der Zugang von Betriebsräten zu elektronischen Unternehmensnetzen rechtlich hieb- und stichfest garantiert werden? Ohne eine umfassende Modernisierung des Arbeitsrechts werden sich solche Fragen nicht beantworten lassen. Dabei geht es auch, aber längst nicht nur um die rechtliche Regulierung von Teleheimarbeit. Soll die "Entbetrieblichung" der Arbeitswelt nicht zum Ende herkömmlicher betrieblicher Mitbestimmung führen, so wird es insbesondere darauf ankommen, die gesetzliche Definition des Betriebsbegriffs im Sinne eines funktionalen - und nicht primär lokalen - Tätigkeitszusammenhangs zu erweitern.

Die Arbeitswelt in der Informationsgesellschaft droht aber auch allein schon aufgrund ihrer räumlichen Atomisierung unsolidarischer zu werden. Es ist eine offene Frage, wie unter den veränderten Bedingungen künftig noch die vielbeschworene "corporate identity" entstehen und vermittelt werden kann. Für die Gewerkschaften stellt sich die Aufgabe, neue Möglichkeiten der Kommunikation, Information und Solidarisierung zu erschließen, wenn die Betriebsversammlung, das Schwarze Brett, die Streikkundgebung vor dem Werkstor und das Betriebsratsbüro für einen wachsenden Prozentsatz von Beschäftigten keine bekannten oder zugänglichen Orte mehr darstellen. Die Orientierung auf alternierende, eine Mindestanwesenheitszeit im betrieblichen Zusammenhang garantierende Telearbeit ist hier von eminenter Bedeutung. Aber da es kaum gelingen dürfte, alle "mobil" Arbeitenden auch nur zeitweilig in den Betrieb zu holen, müssen Gewerkschaften zwangsläufig verstärkt zu diesen Beschäftigten gehen. Die "Virtualisierung" von Gewerkschaftsarbeit, d.h. die zunehmende Präsenz gewerkschaftlicher Informations- und Beteiligungsangebote auf elektronischen Netzen wird von daher ebenso unumgänglich sein wie deren organisationspolitische Regionalisierung: Wenn ArbeitnehmerInnen - freiwillig oder gezwungenermaßen - aus den Betrieben ausziehen, können Gewerkschaften nicht umhin, neben der klassischen betrieblichen Interessenvertretung wohnortnahe Anlaufstellen zu schaffen oder wiederherzustellen.

¹⁵ Peter Wedde: Digitalisierung der Arbeit - das Ende des Arbeitsrechts; in: Computerinformation 7-8/1995, S. 47

Flexibilisierung - was bleibt vom Normalarbeitsverhältnis?

Die Globalisierung der Arbeitsmärkte und die "Entbetrieblichung" der Arbeitswelt tragen dazu bei, daß Arbeit in der Informationsgesellschaft in vielerlei Hinsicht zunehmend weniger stabil verfaßt sein wird. Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsverhältnisse sind Prozesse, die in ihren Entstehungsursachen vor allem interessengeleiteten unternehmerischen und politischen Strategien und nicht primär der digitalen Revolution geschuldet sind. Sie gewinnen aber durch das neue technische Potential erheblich an Dynamik und Durchsetzungskraft..

Flexibilisierung wirkt in mehreren Dimensionen des Arbeitsverhältnisses, u.a.

- bei der Arbeitszeit, die, zumal bei räumlich dezentrierter Arbeit, immer weniger in das gängige "Nine-to-five-Korsett" passen dürfte;
- bei der Entlohnung, die sich weniger an der Vergütung von Anwesenheit und stärker an der Honorierung von Ergebnissen orientiert;
- besonders gravierend und folgenreich beim Arbeitnehmerstatus, der sich tendenziell vom klassischen Normalarbeitsverhältnis entfernt und von diversen Varianten der instabil verfaßten Arbeit durchsetzt wird.¹⁶

Dadurch werden "Mischformen zur Regel. So wird die Informationsgesellschaft nicht mehr von einem standardisierten Arbeitsverhältnis bestimmt, nicht mehr von einem Modell, dem wie in der Industriegesellschaft die allermeisten Erwerbstätigen unterliegen. Statt dessen entsteht ein Kontinuum unterschiedlicher Organisationsformen von Arbeit. Sie liegen irgendwo zwischen abhängiger Erwerbsarbeit und Unternehmertum, zwischen Voll- und Teilzeit, zwischen permanenter Anstellung und kurzfristiger, projektbezogener Zusammenarbeit."¹⁷

Diese Destabilisierung von Erwerbsarbeit hat zumindest zwei gravierende Konsequenzen - für die sozialen Sicherungssysteme zum einen, für das Kräfteverhältnis zwischen Arbeitgebern und abhängig Beschäftigten zum anderen. Soziale Sicherung stützt sich gerade in Deutschland zentral auf das Konzept des Normalarbeitsverhältnisses. Längere Phasen der Arbeitslosigkeit, der nicht sozialversicherungspflichtigen Erwerbsarbeit und der Unterbeschäftigung erhöhen die Anforderungen an die Institutionen sozialer Sicherheit

¹⁶ Vgl. hierzu u.a. die Beiträge zum Titelthema der Mitbestimmung Nr. 9/1996

("Verselbständigt. Die neuen Arbeitsverhältnisse

¹⁷ Heuser, a.a.O., S. 59

bei gleichzeitiger Schmälerung ihrer Finanzierungsbasis. Was Arthur D. Little in einem Gutachten für den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie als Empfehlung zurückhaltend formuliert, wird wohl zur nächsten Jahrhundertaufgabe für die Sozialpolitik werden: Weil die typischen Arbeitsformen der Informationsgesellschaft "tendenziell die Dauer von Beschäftigungsverhältnissen verkürzen", müssen "die Mechanismen der sozialen Absicherung überarbeitet werden, damit nicht für einzelne Erwerbstätige unzumutbare Risiken entstehen."¹⁸

Durch die gerade an der Infobahn nicht untypische "Wandlung des Arbeitnehmers zum Unternehmer" erhöhen sich jedoch nicht nur die sozialen Risiken, es verschieben sich auch die Kräfteverhältnisse im Arbeitsleben: Andreas Zielcke hat eindrücklich beschrieben, wie "die oktroyierte rechtliche Unabhängigkeit häufig mit einer grausameren wirtschaftlichen Abhängigkeit und Unsicherheit einhergeht", wie in Werks-, Dienst- und Projektvertragsverhandlungen "David und Goliath an einem Verhandlungstisch sitzen."¹⁹ Es wird zu klären sein, wie sich das notwendige und sinnvolle Maß an Flexibilität, die ja in Teilen durchaus auch den Interessen von ArbeitnehmerInnen entspringt, mit dem gerade in solchen Abhängigkeitsverhältnissen objektiv gegebenen Schutz- und Sicherheitsbedarf der Beschäftigten, unabhängig von ihrem formalen Rechtsstatus, verknüpfen läßt. Sicherlich muß hierzu die Reichweite der überkommenen Regulierungsmechanismen vergrößert werden - vor allem durch eine Neudefinition des arbeitsrechtlichen Arbeitnehmerbegriffs, der die größer werdenden Grauzonen wirtschaftlich abhängiger (Schein-) Selbständigkeit auszuleuchten und der sozialen Regulierung und kollektiven Interessenvertretung zugänglich zu machen hat.

Auch Gewerkschaften werden nicht umhin können, ihren Organisationsanspruch über den klassischen Typus des Arbeitnehmers hinaus auf die neuen Varianten abhängiger Beschäftigung auszudehnen. Dabei wird zur Kenntnis zu nehmen sein, daß es nicht in allen Fällen der Zwang des Arbeitgebers oder der Druck des Arbeitsmarktes ist, der "Menschen zunehmend veranlaßt, ihr Arbeitsleben als Selbstangestellte zu führen, es ist vielmehr der bewußte Entschluß, die bisher alles bestimmende Teilung des Lebens in Beruf und Familie, Arbeit und Freizeit zu überwinden."²⁰ Die gewerkschaftliche Betreuung solcher "Arbeitnehmer-Unternehmer" wird sich nicht allein in traditionellen Bahnen der Interessenvertretung bewegen können, sondern muß die spezifischen Bedürfnisse dieser Klientel durch den Transfer fachlicher, sozialer und methodischer Kompetenzen abzudecken versuchen.

Für ein politisches Projekt

¹⁸ Arthur D. Little, a.a.O.

¹⁹ Zielcke, a.a.O.

²⁰ Peter Fischer: Selbstangestellt; in: Mitbestimmung Nr. 9/1996, S. 23

“Zukunft der Arbeit in der Informationsgesellschaft”

Die Informationsgesellschaft hätte dann nichts mit humanem Fortschritt gemein, wenn

- große Teile der Bevölkerung dauerhaft in Arbeitslosigkeit und Armut abgedrängt würden,
- globale Arbeitsmärkte ohne soziale Regulierung blieben und weiter in die Abwärtsspirale eines weltweiten Unterbietungswettbewerbs gerieten,
- die Arbeitswelt räumlich und sozial atomisiert würde, ohne daß neue Bindungskräfte und Partizipationsmöglichkeiten gefunden werden,
- sich ArbeitnehmerInnen zunehmend in ein neues Nomadentum prekärer Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt sehen.

Dieses Schreckensszenario muß und kann verhindert werden. Ein politisches Projekt zur “Zukunft der Arbeit in der Informationsgesellschaft”, das die genannten Herausforderungen an die Spitze der Agenda rückt, ist überfällig. Die vom Deutschen Bundestag eingerichtete Enquete-Kommission “Zukunft der Medien - Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft” könnte Ausgangsbasis für eine solche Initiative werden. Nur wenn es alsbald gelingt, die großen Risiken einer allein markt- und technikgetriebenen Entwicklung zur Informationsgesellschaft seriös zu thematisieren, werden die Menschen zum Engagement für den gesellschaftlichen Wandel zu bewegen sein und auch dessen faszinierende Chancen wahrnehmen - für mehr Lebensqualität, für humanere Arbeitsplätze, für erweiterte Qualifikations-, Informations- und Bildungsmöglichkeiten, für kulturelle Vielfalt, für politische Beteiligung und globale Kommunikation. Niemand wird sich der Erkenntnis verweigern, daß eine realistische Option des Ausstiegs aus der Informationsgesellschaft nicht existiert. Aber weder die optimistische (Motto: “Alles wird gut!”) noch die realistische Sichtweise (Motto: “Es kommt ja doch!”) dürfen dazu führen, die Probleme zu verdrängen und die politische Initiative zu verweigern.